

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet  
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher  
Nr. 11

Allg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt.

Bezugspreis: Bei der Post und den Agenten bezogen vierteljährlich 12 M., 6 Bz., in Altensteig 12 M., 4 Bz., in Freudenstadt 12 M., 6 Bz., in Calw 12 M., 6 Bz., in Nagold 12 M., 6 Bz. Einzelhefte 1 M., 50 Bz. Anzeigenpreis: Die halbe Seite oder deren Raum 50 Bz., die Reklamestelle 1 M., 50 Bz. Wochensatz eines Raumes 2 M. Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt inbegriffen.

Nr. 34.

Altensteig, Freitag den 11. Februar.

Jahrgang 1921.

## Zimmer auf dem Laufenden

! **! Sie, wenn Sie die Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ lesen, die Sie politisch und wirtschaftlich im Handel und Verkehr, sowie über die amtlichen Erlasse orientiert. !**

## Die Papierschiebungen.

Ueber die Zustände auf dem Gebiet der Papierwirtschaft macht Dr. Carbe im „B. Z.“ beachtenswerte Ausführungen, denen wir folgendes entnehmen: Anstatt die Produktion zu fördern, war man — wie er schreibt — nur bemüht, zu verteilen und den einzelnen Betrieben ein möglichst geringes Kontingent zuzuwiesen. Daraus ergab sich, daß eine furchtbare Papiernot bei den Zeitungen eintrat mit ständigen Erhöhungen aller Preise. Dagegen wurde einer Anzahl von Druckpapierfirmen ein monopolartiges Ausfuhrrecht gewährt.

Der Preis und die Mengen des Ausfuhrpapiers war amtlich festgesetzt. Die mit dem Ausfuhrmonopol begabten Stellen, die bis dahin mit Auslandsaufträgen zu Preisen, die zum Teil noch über den vorgeschriebenen Ausfuhrpreisen lagen, reich gezeichnet waren, bekamen mit einem Mal keine Auslandsaufträge mehr und wo sie im Ausland zu den vorgeschriebenen Preisen Angebote machten, wurden ihnen Angebote aus Deutschland entgegengehalten, in denen den Ausländern deutsches Papier weit unter dem erlaubten Preis angeboten wurde, zum Teil um mehrere Mark das kilo unter dem auf 9 M. amtlich festgesetzten Kilopreis. Die Schieber konnten billiges deutsches Papier prompt liefern.

Die Erklärung ist einfach. Die Ausfuhrerlaubnis wird eben nicht nur von einer Stelle erteilt, sondern es gibt drei Stellen, die, ohne voneinander zu wissen, Ausfuhrerlaubnisse erteilen, eine Außenhandelsstelle, eine Außenhandelsniederstelle für die Papierverarbeitende Industrie und eine Außenhandelsstelle für den Ausfuhrhandel. In einer dieser Stellen gibt es drei Leute, die zu entscheiden haben, und die, ohne daß einer vom andern weiß, Ausfuhrerlaubnisse erteilen. Die Außenhandelsniederstelle für die Papierverarbeitende Industrie wurde nun freilich von den Schiebern nicht um die Erlaubnis zur Ausfuhr von Zeitungspapier angegangen, sondern man hat sie um die Genehmigung, mehrere hundert Wagen Klopappier, den Wagen zu 10000 Kilogramm, nach Holland auszuführen zu bitten. Da es nun ausschließlich so viel Ausfuhrerlaubnisse für Klopappier erteilt, daß, wenn an der zuständigen Stelle ein Fachmann gelehrt hätte, es ihm doch wohl aufgefallen wäre, daß plötzlich so viel dieser Ware ausgeführt werde, daß die Bewohner der gesamten Erde auf lange Jahre selbst in kritischen Zeiten ihren Bedarf davon hätten decken können. Aber auch mit dem Sachverständigen habe er es, wenigstens auf diesem Gebiet, auf dem er sein Sachverständnis beweisen sollte, nämlich auf dem des Papiers, trotzdem er mehrere Jahre — Maschinenfabrik in einer Klopfabrik gewesen war — es fiel auch niemandem auf, daß an Stelle der zur Ausfuhr zugelassenen schmalen Rollen, im Gewicht von etwa 300 Gramm das Stück, ungeheure Papierrollen in der Breite von etwa 1,30 Meter und im Gewicht von etwa acht Zentnern das Stück in Hunderten von Wagen verladen über die Grenze rollten. Niemand prägte, niemand sah etwas. Erst als der Verband deutscher Druckpapierfabrikanen hohe Geldprämien ansetzte, um den Schleichhändlern auf die Spur zu kommen, wurden einige Fische lebend, und es gelang, das Geheimnis zu lüften.

Der Verfasser berechnet sodann, daß auf diese Weise dem Deutschen Reich die Ausfuhrmöglichkeit von Papier im Betrag von über 1/2 Milliarde Mark und die entsprechenden Devisen entgangen sind. Als einzig wirtschaftliches Gegenmittel gegen diese Wirtschaft fordert Dr. Carbe die sofortige Wiedereinführung der freien Papierwirtschaft sowie die Durchführung der schärfsten Grenzkontrollen.

## Oberschlesien und die polnische Währung.

Wie der Vizepräsident des Reichsbank-Direktoriums Dr. von Glött in der Zeitschrift „Die Deutsche Nation“ ausführt, würde der Anschluß Oberschlesiens an Polen notwendigerweise auch die Einbeziehung des Landes in das polnische Währungsgebiet zur Folge haben. Die polnische Mark ist infolge der polnischen Miswirtschaft der immer mehr anwachsenden Passivität der Handelsbilanz (nur 25 Prozent Ausfuhr) ständig gesunken. Die Kursbewegung des letzten Jahres ergibt sich aus folgender Uebersicht:

Ende	1920:	60 Reichsmark
Februar	44,5	„
März	32	„
April	21	„
Mai	25,5	„
Juni	22,5	„
Juli	21	„
August	21,5	„
September	22,5	„
Oktober	13,25	„
November	11,50	„
Dezember		„

Auch in Zukunft wird sich der Kurs nicht günstiger gestalten. Die Einführung der polnischen Währung schließt eine gedeihliche Entwicklung der Industrie Oberschlesiens aus und muß das Wirtschaftsleben dem Niedergang und dem Ruin entgegenführen. Schon aus dieser Erwägung heraus muß jeder Oberschlesier im eigenen wirtschaftlichen Interesse für den Anschluß an Deutschland stimmen.

## Neues vom Tage.

### Die Einheitsfront.

Berlin, 10. Febr. In dem Antwortschreiben der Deutschnationalen Fraktion an die Deutsche Volkspartei wegen der Verbreiterung der Regierungsbasis im Reichstag erklärt sich die Deutschnationale Fraktion bereit, auch mit der Mehrheitssozialdemokratie zusammen im Regierungsbündnis sich zu beteiligen, wenn der Verlauf der Londoner Verhandlungen es erforderlich erscheinen lassen sollte.

### Abgelieferte Waffen.

Berlin, 10. Febr. Nach amtlicher Mitteilung wurden im Januar 18 Geschütze, 158 Maschinengewehre, 9413 Gewehre, 258 Revolver und Pistolen und 2389 Handgranaten abgeliefert, angekauft oder beschlagnahmt. Von den Selbstschutzverbänden sind bisher 371 233 Gewehre eingezogen.

### Gegen die Zwangswirtschaft.

München, 10. Febr. Der Ausschuss der Landesbauernkammer hat eine Entschließung gegen die Getreidezwangswirtschaft gefaßt. Sie fordert die Einführung der freien Wirtschaft für das kommende Erntejahr unter der Voraussetzung, daß bis zum 1. Oktober 1921 vom Reich eine ausreichende Menge Brotgetreide aus dem Ausland bereit gestellt werde. Die Ausfuhr von Inlandsgetreide soll unter allen Umständen unter schärfster Strafe gestellt werden. Für den Fall, daß eine Aufhebung der Getreidezwangswirtschaft nicht möglich ist, soll an deren Stelle das sogenannte Umlageverfahren als Übergang zur freien Wirtschaft treten.

### Polen gegen die Schutzverbände in Ostpreußen.

Berlin, 10. Febr. Aus Warschau wird der „Tägl Rundschau“ berichtet: Der polnische Gesandte in Paris hat im Namen der polnischen Regierung dem Obersten Rat eine Note über die Entwaffnung der deutschen Freiwilligenverbände in Ostpreußen überreicht. In dieser Note wird gefordert die Festlegung der Höchstzahl der Reichswehr in Ostpreußen, die Entwaffnung von fünf Freiwilligenarten und die Sicherung der preussischen Grenzen nach Litauen. Die polnische Note wird vom Obersten Rat bei Besprechung der gesamten Abrüstungsfrage in Erwägung gezogen werden.

### Die Rückerstattung von Vieh an Südslawien.

Belgrad, 10. Febr. Die Zeitung „Pravda“ schreibt: Die vom Deutschen Reich zu leistende Rückerstattung von Vieh soll jetzt von der südslawischen Regierung übernommen werden. Die Kosten der Beförderung des zu übernehmenden Viehs betragen allein 40 Millionen Dinar.

Auf diese Weise würde sich der Preis für einen Ochsen auf 4000 Dinar, für ein Schaf auf 500 Dinar stellen. Die Beförderungskosten verteuern das Vieh also derart, daß man es für einen geringeren Preis auf dem Balkan kaufen kann. Für den Transport wären außerdem 8000 Eisenbahnwagen und 2000 Menschen erforderlich. Man will daher statt des Viehs in Deutschland andere notwendige Materialien kaufen.

### Der Kohlenüberfluß in Frankreich.

Paris, 10. Febr. Infolge der Hamsterung der deutschen Kohlen stockt der Absatz der französischen Gruben. Die Abnahme ganzer Kohlenzüge wird verweigert, weil die Kaufmehrfähigkeit der Bezücker überschritten ist. Falls dieser Zustand nur noch 10 Tage andauert, so ist nach dem Urteil der Bergwerksdirektoren eine Arbeitslosigkeit unvermeidlich.

### Noch eine Ablehnung.

London, 10. Febr. Der englische Gewerkschaftsverband hat den Aufruf der deutschen Gewerkschaftsverbände „An die Arbeiter der Welt“ einfach „zur Kenntnis genommen“.

### Sonderbares „Missverständnis“.

London, 10. Febr. (Reuter.) Mehrere New Yorker Blätter melden, eine hohe englische Persönlichkeit im Londoner Auswärtigen Amt habe einem amerikanischen Zeitungsberichterstatter erklärt, die Vereinigten Staaten befinden sich auf einem Weg, der zum Krieg mit England führe. Reuter wird von zuständiger Seite beauftragt, zu erklären, die Meldung beruhe auf einer „übertriebenen und verkehrten Auslegung gewisser Erklärungen“, die einem amerikanischen Berichterstatter gegenüber in London in einer vertraulichen Unterredung gemacht worden seien. Die englische Regierung erwarte in jedem Fall, daß die schwebenden Fragen eine baldige befriedigende Regelung erfahren. Der Gedanke einer kriegerischen Verwicklung mit den Vereinigten Staaten sei lächerlich. Das Auswärtige Amt sei überzeugt, daß jede etwa entstehende Frage ohne Schwierigkeit mit der gegenwärtigen oder einer künftigen amerikanischen Regierung geregelt werde.

### Der amerikanische Flottenstand.

Washington, 10. Febr. Der Flottenausschuß des Senats forderte, daß die amerikanische Flotte derjenigen irgend einer anderen Macht mindestens gleichkomme.

### Wahlen in Südafrika.

Kapstadt, 10. Febr. Die südafrikanische Partei hat 65, die Arbeiterpartei 9, die Nationalisten 34 und die Unabhängigen 1 Sitz erhalten. 23 Ergebnisse stehen noch aus. Smuts ist wieder gewählt worden und verfügt bereits über eine Mehrheit von 10 Stimmen.

### Vertrauensfrage der französischen Kammer für Briand.

Paris, 10. Febr. In der gestrigen Nachmittags-Sitzung der Kammer wurde die Aussprache über die Pariser Konferenz fortgesetzt. De La Seyrie sagte, nachdem man geschrien habe, Deutschland werde alles bezahlen, habe man einsehen müssen, daß es nicht genüge, diese Behauptung aufzustellen. In politischer Beziehung bedeute das Pariser Abkommen einen Erfolg, weil die Verbändetenfront gegenüber Deutschland wieder hergestellt wurde, das den Versuch gemacht habe, die Verbündeten zu veruneinigen. In finanzieller Beziehung seien die Ergebnisse nicht so befriedigend. Lardieu rief zwar „Nehmen wir den Friedensvertrag an!“ Der Vertrag aber sei ein ziemlich mangelhaftes diplomatisches Instrument, aber er sei eben vorhanden. Der Vorsitzende der Wiederherstellungskommission, Dubois, habe den Schaden an Personen und Sachen auf 200 Milliarden geschätzt zu einer Zeit, zu der vom Beschluß noch nicht die Rede gewesen sei. Das Abkommen von Paris bedeute ein Opfer Frankreichs. Die Deutschen täuschen die Verbündeten, ob es sich um die Eisenbahn oder um die Finanzen handle. Deutschland habe nur 100 000 Mann unter den Waffen, Frankreich 7-800 000 Mann in den Kasernen anstatt in den Fabriken und auf den Feldern. Lardieu verlangte Aufklärung darüber, ob die 20 Milliarden Goldmark der Entschädigung von der Gesamtschuld abgezogen würden (Finanzminister Doumer erwiderte, daß diese 20 Milliarden Goldmark eine Sicherheitsleistung für die Ausgaben, die zu Lasten Deutschlands gehen, seien, besonders für die Unterhaltung der Besatzungstruppen.)



Deutschland müsse internationale Anleihen aufnehmen und Frankreich müsse ein Abkommen mit seinen Verbündeten über die Klüffigmachung der deutschen Schuld treffen. Briand müsse den Deutschen, die nach London kommen, um zu feilschen, begreiflich machen, daß Frankreich weitere Zugeständnisse nicht machen könne.

**Lefevre** (der frühere Kriegsminister): Entweder könne Deutschland seine Ausfuhr auf 25 Milliarden bringen, wie Douhaire meint, dann werde es rasch wieder erstarren, oder es könne dies nicht leisten, dann könne es eben auch nicht zahlen. Eine amerikanische Gesellschaft habe für die deutschen Eisenbahnen 25 Milliarden geboten. Es gebe auch noch andere Werte in Deutschland, auf die man die Hand legen könne. Man dürfe keine Politik der Schwäche betreiben, denn diese führe notwendigerweise zum Krieg. Wenn Deutschland nicht bezahle, dann müsse man dort die Hälfte des Wertes des französischen Handels fuchen und das sei kein einfacher militärischer Spaziergang. Wenn man aber nicht nach Deutschland gehe, um das Geld zu holen, dann werde es nicht bezahlen. In Deutschland zeige sich schon jetzt eine Einnüchtheit der Interessen bei allen Klassen der Bevölkerung. Sie wolle nicht bezahen.

**Abg. Forges** schlägt den Nachschuß an den französischen Forderungen selbst bei den höchsten Bewertungen auf 65 Milliarden Goldfranken. Das bedeute ein Loch von 5 Milliarden. Wie solle man das verstopfen? Deutschland habe Kohlenruben. Lord George habe erklärt, man könne sie nicht nach England transportieren, aber für Frankreich seien sie erreichbar. Wenn die Häuser von Reims, von Arras und von Verdun nicht wieder aus den Ruinen auferstehen würden, dann könnten die von Frankfurt, von Köln und von Koblenz für sie einstecken. (Großer Beifall.)

**Finanzminister Doumer** sagte, die Interessen Frankreichs seien auf der Konferenz von Paris mit Energie vertreten worden. Nach seiner Ansicht erhalte bei einem Zinssfuß von 5 Prozent Frankreich 8 1/2 Milliarden in Jahreszahlungen. Wenn auch Deutschland sich arm zu stellen versuche, habe es doch noch eine große Produktionskraft und es könne in drei bis vier Jahren seine Tätigkeit von 1913 wieder finden, so daß auch auf ein annehmbares Ergebnis der Ausfuhrsteuer gerechnet werden könne.

**Briand**: Er brauche für die Verhandlungen in London die Vertommensklärung der Kammer. Wenn er morgen Widerstand erfahren würde, dann werde man sehen, ob er schwach sei. Das Schicksal Deutschlands liege in den Händen der Verbündeten. Es sei eine Beladigung zu glauben, daß Frankreich von den Verbündeten verlassen werden könne.

**Lardieu** behauptet, die Pariser Konferenz habe die Ansprüche Frankreichs um 35 Prozent vermindert und sie sei nur annehmbar, wenn zugegeben wird, daß sie verbessert werde.

**Fabry** beantragt eine Tagesordnung: die Kammer stellt fest, daß die Pariser Konferenz die Einmütigkeit der Verbündeten bestätigt hat und sie vertritt die Regierung, daß sie die völlige Entwaflnung Deutschlands sichern und bei der Entschädigung die für Frankreich nötigen Möglichkeiten verlangen und entschlossen sein wird, die Strafmaßnahmen zur Anwendung zu bringen. Der Vertrauensantrag Fabry wurde mit 387 gegen 125 Stimmen angenommen.

#### Neuer Generalstreik in Berlin?

**Berlin, 10. Febr.** Die Arbeiter und Angestellten von Groß-Berlin haben neue Lohnforderungen aufgestellt, die von der Stadtverwaltung in Anbetracht des großen Fehlbetrags der Stadtkasse (1/2 Milliarden) abgelehnt wurden. Die Kommunisten entfallen eine große Rührigkeit, um den Generalstreik durchzuführen, der wieder das ganze Verkehrsleben der Stadt lahmlegen würde. Heute abend soll in Versammlungen über den Streik abgestimmt werden.

#### Über die Kriegsschädigung.

**Breslau, 10. Febr.** In der „Breslauer Volkswacht“ erklärt Reichstagspräsident Löbe, die Verpflichtung zur Zahlung von 226 Milliarden Goldmark und etwa 36 Milliarden Ausfuhrabgaben zu unterschreiben, hieße nicht nur wider Treu und Glauben, sondern gegen alle Vernunft eine Verpflichtung eingehen, deren Unmöglichkeit beim ersten Zahlungstermin sich herausstellen würde. Die Befreiung des Ruhrgebietes würde weder die Arbeitsfreudigkeit der Bergleute erhöhen, noch die Beschaffenheit der Kohlen bessern. Die Zielungen der vernichteten Förderung würden nicht nur die Franzosen spüren; in Deutschland selbst würde das Heer der Arbeitslosen langsam Steuer zahlen wie die stillgelegten Betriebe, und die gesunkenen Produktionskräfte würden allen Ausfuhrabgaben ein schnelles Ende machen.

**Paris, 10. Febr.** Nach einer Mitteilung aus Konstantinopel hat die nationaltürkische Abordnung Angora am 7. Februar verlassen, um sich nach London zu begeben. Sie wird in Rom mit der türkischen Abordnung aus Konstantinopel zusammentreffen.

**London, 10. Febr.** „Daily Mail“ meldet aus New York, Senator Cormick, der Freund Hardings, habe erklärt, der Vertrag von Versailles berechtige die Verbündeten, eine Summe zu fordern, die in 30 Jahren bezahlt werden könne, er berechtige sie aber nicht, 42 Jahre lang Zahlungen und andere Leistungen aus Deutschland herauszuholen oder die deutsche Ausfuhr ohne Zustimmung Deutschlands mit Abgaben zu beladen.

**Tokio, 10. Febr.** Der Kronprinz von Japan wird sich am 3. März nach England einschiffen.

#### Gzernin kommt nicht.

**London, 10. Febr.** Graf Czernin erklärte, daß er den Gesandtschaftsposten in Berlin nicht übernehmen könne. (Die Großdeutsche Partei hatte gegen seine Berufung Widerspruch erhoben.)

#### Zollzuschläge in Ungarn.

**Budapest, 10. Febr.** Die Neuregelung der Zollzuschläge zu den Einfuhrzöllen sieht für die Einfuhr von Rohstoffen und Maschinen ein Aufgeld vor, das das Fünftfache des Einfuhrzolls, für Massenverbrauchsgüter das Zwanzigfache, für Luxus- und Modeartikel das Fünfunddreißigfache, für reine Genussmittel, wie Süßfrüchte und Champagner, das Siebzehnfache des Einfuhrzolls beträgt.

#### Eine heiße Geschichte.

**London, 10. Febr.** Die ganze Presse beschäftigt sich mit dem amerikanischen Bericht über die Unterredung eines amerikanischen Zeitungsvertreter mit einem hohen Beamten des Auswärtigen Amtes. Die „Times“ schreibt, gewissen Kreisen sei die heftige Aufnahme der Rede Lord Georges in Birmingham in Amerika schmerzhaft und sie suchen Trost in der Annäherung dieser Geschichte. Freilich trage auch England Schuld, denn es besitze keine „amerikanische Politik“ und überhaupte keine auswärtige Politik in gewissen Fragen. Das Auswärtige Amt sei von Lord George verdrängt worden. Es sei ein Mähd, daß in der Regierung und im Kongress in Washington ein Bruch wegen der schwebenden Fragen (Schuld Englands an Amerika, Seeräubereien, Beziehungen zu Japan, Petroleumbesitz usw.) unüberbrückbar sei, aber es sei notwendig, daß die englische auswärtige Politik wieder auf feste Grundlagen gebracht werde.

#### Die bolschewistische Propaganda in Italien.

**Rom, 10. Febr.** Der Senat beschäftigte sich gestern mit der bolschewistischen Propaganda in Italien. Senator Garofalo hatte eine heile Anfrage über die Enthaltungen der französischen Polizei betreffend die bolschewistische Propaganda an die Regierung gerichtet. Namens der Regierung antwortete Staatssekretär Comandini, die Regierung werde nur eine bolschewistische Propaganda dulden.

**Berlin, 10. Febr.** Konsul Graf Spee ist als vorläufiger Geschäftsträger für Argentinien in Aussicht genommen. Generalkonsul Pempfi acht demnächst nach Montreal (Kanada) auf seinen Posten.

**Berlin, 10. Febr.** Aus Anlaß der Aufdeckung großer Diebstähle im Berliner Osthafen ist der Lagerbesitzer Brede verhaftet worden, der über 100 Zentner Mehl verschoben hat.

Vor dem Schwurgericht in Essen begann heute der Prozeß gegen 12 Arbeiter, die am 19. März v. J. 11 Mann der Sicherheitspolizei und Einwohnerwehr am Posterturm in Essen ermordet haben.

## Landtag.

Stuttgart, 10. Febr.

(44. Sitzung.) Eine lebhafte Aussprache hatte sich heute über das Kap. 27 (Straßen- und Wasserbau) aus dem Haushaltsplan des Ministeriums des Innern entsponnen. Die Auswärtigen betonen teils das Installationsmonopol der Elektrizitätswerke, teils die Fluhkorrekturen im Rhein- und Murial, teils die Errichtung von Kraftwerken und die Beteiligung des Staates daran. In der Debatte, an der sich hauptsächlich Pflüger (S.), Wöhler (Z.), Henne (D.D.P.), Müller (D.P.) und die Minister Graf und Pflüger beteiligten, wurden zahlreiche Einzelwünsche laut. Die Regierung erklärte sich für die Ausnutzung der Wasserkräfte durch gemischtwirtschaftlichen Betrieb, also durch Beteiligung des Staates an neuen Werken, um eine allzu starke Belastung des Staates zu vermeiden. Das Kapitel wurde samt den Entschädigungen des Finanzsausses genehmigt, ebenso die Übernahme der Straßen- und Flußbauunterhaltung auf den Staat gegen Kostenerlass (besonders die Rhein- und Remsfluhkorrekturen) gegen die Stimmen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Deutschen dem. Partei.

Bei Kap. 28 (Allgemeine Wohlfahrtspflege) beantragten die weiblichen Abgeordneten aller Fraktionen, die Summe zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs von 8000 auf 9000 zu erhöhen. Der Ausschuss beantragte Erhöhung der Beiträge an Vereine und Anstalten, planmäßige Verminderung der Schankwirtschaften und Bekämpfung der Minierkneipen. Während der Debatte kam es zu einem lebhaften Zusammenstoß des Ministers Graf mit den Kommunisten und Unabhängigen, die die Leistungen der Wohlfahrtspflege bemängelten und die ausschließliche Hilfe vom Sozialismus erwarteten. Der Minister lehnte den Frauenantrag ab; übrigens werde im Nachtragsetat ein Million zur Bekämpfung der Tuberkulose angefordert. Das Kapitel wurde samt den Entschädigungen gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen, der Frauenantrag gegen die Stimmen des Bauernbunds, der Bürgerpartei, einiger Sozialdemokraten und der Frauen abgelehnt.

Angenommen wurde auch Kap. 29 (Jugendfürsorge) mit einem Aufwand von 1,6 Millionen. Abg. Hansmann (D.D.P.) beantragte, daß von 35 Jugendämtern erst 3 in Tätigkeit seien. Abg. Baumgärtner (D.P.) trat für die Kinderrettungsanstalten im Land ein und erbat größere Zuschüsse. Die Regierungsmitglieder sollten zu den Anstalten nicht im Auto kommen, sondern sparen und auch nicht die Entfernung religiöser Bilder verlangen.

Abg. Heymann (S.) griff den Minister scharf an: die Jugendämter hätten keine konfessionellen Aufgaben. Der gute Wille zur Durchführung des Gesetzes fehle. Minister Graf erwiderte ebenso scharf. Von 34 vorgezeichneten Jugendämtern seien 18 tatsächlich eingeführt oder am Abschluß; man es nicht rascher gehe, so seien die Verhältnisse schuldig. Das Ministerium Heymann habe allein zu den Ausführungsbestimmungen 1/2 Jahre gebraucht. Der Minister mißbilligt es in schärfster Form, wenn ein Konfessionsbeamter in einer Anstalt die Befreiung religiöser Bilder verlangte, und bezeichnet es als merkwürdig, daß im Jugendamt kein Katholik Platz fand. Nachdem noch Abg. Steitler (Komm.) die Wegnahme der Fürsorgeanstalten aus den Händen der christlichen Kirche gefordert und gefordert hatte, man solle die Klöster auspeithen und Erziehungshäuser nach russischem Muster einrichten, wurde das Kapitel mit ebenso Ras. 30 (Öffentliche Armenpflege) erledigt.

## Aus Stadt und Land.

Altensteig, 11. Februar 1921.

\* Uebertragen wurde das Forstamt Wehingen dem Forstmann Albrecht in Pfalzgrabenweiler.

**Die Bedeutung der deutschen Lederindustrie.** Bei vielen Lesern der Tagespresse besteht im allgemeinen eine ziemliche Unklarheit über die Bedeutung der deutschen Lederindustrie. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Lederindustrie in unserer Volkswirtschaft unter den ersten Industriezweigen zu betrachten ist. Die Zahlen der Geberebetriebe und der beschäftigten Arbeiter, die vor dem Kriege ca. 4000 bzw. 45 000 lauteten, sind für die Einschätzung der Lederindustrie nicht ausschlaggebend, sondern vielmehr der Wert der im Veredelungsprozeß erzeugten Produkte. Es betrug die Einfuhr an Rohstoffen im Jahre 1913 fast 3 Mill. D. Güte und Stelle im Wert von fast 600 Mill. Mark. Die Lederproduktion erreichte im Jahr 1913 den Wert von etwa 760 Mill. Mark, die Ausfuhr an Leder belief sich im gleichen Jahr auf etwa 244 Mill. Mark. Nach Aushebung der Zwangswirtschaft im August 1919 hat die Lederindustrie, welche 1/4 ihrer Rohstoffe vom Auslande beziehen muß, in der selben Wirtschaft bereits 1919 mit der ca. 23 Mill. Rg. Güte und Stelle im Werte von fast 600 Mill. Mark aus dem Auslande eingeführt, in den ersten 6 Monaten des Jahres 1920 schon ca. 29 Mill. Rg. Dabei muß beachtet werden, daß diese Zahlen in Wirklichkeit noch etwas höher ausfallen sind, da nicht alle Einfuhren von der Statistik erfaßt sind. Im unterdeutschen Gebiet wurde die freie Wirtschaft gleich nach Revolutionsausbruch wieder eingeführt, so daß die dortigen Gebereien schon viel früher mit der Einfuhr von Rohstoffen beginnen konnten. Die Verfertigung der Lederwaren mit Schuhwerk hat sich dank der tätigen Tätigkeit der Industrie durch die strenge Steigerung der Lederherstellung im Vergleich zur Zeit der Zwangswirtschaft bedeutend verbessert.

**ep. Kirchensprenger am Laubstuhntag.** Das Kirchensprenger am Landesstuhntag, Sonntag 13. Februar, ist für die ev. Studienthilfe bestimmt, die nach dem Tod von vieler junger Theologen 1916 begründet wurde, um tüchtigen Söhnen ev. Familien das theologische Studium dadurch zu erleichtern, daß ihnen für die Zeit der Vorbereitung auf das Seminar oder die Hochschule Studienbeihilfen gereicht werden.

**Die Finanzierung des Redarkanal.** Die Pressenotizen über die neuerdings geplante Finanzierung des Redarkanal kann die „Schwab. Tagwacht“ auf Grund genauer Informationen ergänzen. Auf Vorschlag des Reichs soll zur Ausbringung der Gesamtkosten, die heute auf rund 2 Milliarden geschätzt werden, eine Aktiengesellschaft ins Leben gerufen werden mit einem Kapital von 500 Millionen Mark und einem Obligationenabrufen von bis zu 1500 Millionen Mark. Die Bauzeit ist auf 12 Jahre angenommen. Das Reich wird für die gesamten Obligationen die Zinsengarantie übernehmen und hofft, daß dahinter noch die Garantie der Länder tritt. In dem Aktienkapital würde sich das Reich mit 50 Prozent beteiligen und, wenn die Länder ein gleiches tun, in ungenügenden Jahren auf die Verzinsung seines Aktienanteils verzichten. Die Aktiengesellschaft soll den ganzen Kanal bis Hochzügen, einschließlich der Kraftwerke, bauen. Die Einnahmen aus Strom sollen zum Betrieb und zur Unterhaltung der Wasserkraftwerke und zur Verzinsung und Rückzahlung des gesamten Baukapitals herangezogen werden. Den Betrieb und die Unterhaltung der Schiffahrtstraße soll das Reich aus den Schiffahrtabgaben bestreiten.

**Keine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.** Entgegen einer Berliner Zeitungsmeldung wird halbamtlich mitgeteilt, daß zurzeit nicht beabsichtigt ist, die Unterstützungssätze für Erwerbslose, die erst am 1. November v. J. erhöht worden sind, weiter heranzusetzen.

**Gefangenen-Heimkehr.** Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Da infolge der auf 31. März d. J. vorgezeichneten Auflösung der Heeresabwidlungsmänter Verurteilung unter den Heimkehrern entstanden ist, weil sie befürchten, daß ihre Gesuche nach diesem Zeitpunkt nicht mehr berücksichtigt werden, ist das Heeresabwidlungsmantel mit der Reichszentrale für Kriegs- und Kriegsgefangene in Berlin in Verbindung getreten. Eingehende Besprechungen und Verhandlungen haben ergeben, daß Grund zur Verurteilung in dieser Hinsicht nicht vorliegt und daß die Anträge der Heimkehrer nach wie vor ihre ordnungsmäßige Erledigung unter möglicher Beschleunigung finden werden.

**Güterverkehr nach Ostpreußen.** Infolge von Betriebschwierigkeiten ist bis auf weiteres die Annahme von Warenladungen nach Passau Ort und Ueberzung ganz gesperrt und nach Simbach, Salzburg und Kaufbein Ort und Uebergang beschränkt worden. Auskunf über die zugelassenen Güter geben die Güterstellen. Für Sperremaßnahmen über Simbach, Salzburg und Kaufbein ist die Eisenbahndirektion München zuständig, den Anträgen sind die Originalfrachtbriefe beizulegen.

**Postalisches.** Vom 15. Februar werden wieder Postanträge und Nachnahmen nach der Tschecho-Slowakei zulässig sein. — Seit kurzem sind zwar Wertbriefe nach Italien zugelassen. Die italienische Postverwaltung befreit aber vorläufig keine Wertbriefe nach Trentino, Trient und Dalmatien.

**Die spanische Fremdenlegion.** Eine Notiz, die kürzlich über die Gründung einer spanischen Fremdenlegion durch verschiedene Blätter ging, hatte den jenseitigen nicht beabsichtigten Erfolg, daß viele junge Leute versuchten, in diese Legion sich aufnehmen zu lassen. Es kann aber nicht dringend genug gewarnt werden, sein Leben und seine Gesundheit für einen fremden Staat



an die Schanze zu schlagen und vor allem zu Diensten, zu denen offenbar die eigenen Landeskinde den Spaniern zu gut sind. Werden die Legionäre durch Krankheit oder aus anderen Ursachen dienstunfähig, so liegen sie ohne Verpflegung auf der Straße. Nach dem Friedensvertrag von Versailles ist die Reichsregierung verpflichtet, zu verhindern, daß Reichsangehörige in fremden Ländern militärische Dienste nehmen, sie kann also für Reisen zu solchen Zwecken keine Pässe ausstellen. Außerdem besteht die Gefahr, daß junge Leute auf dem Weg nach Spanien von französischen Werbemännern abgefangen und mit List oder Gewalt in die berüchtigte französische Fremdenlegion gesteckt werden.

**Warnung.** Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Seit einigen Monaten macht ein angeblicher Journalist Zehling durch seine öffentlichen Vorträge von sich reden, die er in bayerischen Städten über die Fremdenlegion hält, um vor dem Eintritt in diese und vor Werbemännern zu warnen. Für jeden Vortrag verlangt er 100 Mark, außerdem hat er Sammlungen veranstaltet, und auch schon versucht, von Behörden Geldmittel zu erlangen, die er angeblich zu Propagandazwecken im Kampf gegen die Fremdenlegion verwenden wollte. Zehling ist schwer vorbestraft. Nach seinem Vorleben ist es zweifelhaft, ob er überhaupt je in der Fremdenlegion gedient hat. Er verdient keine Unterstützung für seine Bestrebungen.

**Calw, 10. Febr.** Bei der Volksammlung für notleidende Kinder ging von den Gemeinden des Bezirks die tatsächliche Summe von 25 464 Mark 75 Pfennig ein. Außerdem gingen ein vom landw. Bezirksverein 300 Mark, von dem vor. Gewerkschaften 1200 Mark und vom Gemeindeverband Geld 1/2 taktweise 21000 Mark 50 Pf.

**Freudenstadt, 10. Febr.** (Von der H. u. L. u. P. u. S. u. L.) Bei der Zahl der Lateinschüler hier verhältnismäßig klein ist, hat man sich entschlossen, die Lateinschule aufzugeben. Die Realschule bleibt bestehen.

**Freudenstadt, 9. Febr.** (Maul- und Klauenseuche.) In der Gemeinde Dietersweiler und Palzgrafenweiler ist die Maul- und Klauenseuche erloschen.

**Freudenstadt, 11. Febr.** (Dienstbüro.) Am heutigen 11. Februar blüht Oberamtspfleger Wünsch auf eine 41-jährige Tätigkeit im Bezirk Freudenstadt zu. Der Bezirksrat hat ihm in seiner letzten Sitzung für seine treuen und ausgezeichneten Dienste die Anerkennung der Amtsbezeichnung ausgesprochen.

**Stuttgart, 10. Febr.** (Ministerbesuch.) Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons wird voraussichtlich am Sonntag, den 13. Februar zum Besuch der württembergischen Staatsregierung nach Stuttgart kommen. Wie wir hören, wird der Herr Reichsminister bei dieser Gelegenheit in einer öffentlichen Versammlung hier sprechen.

Die Dienststellung verheirateter Beamtinnen. Wie die Oberpostdirektion Stuttgart mitteilt, beträgt die Kündigungsfrist bei Beamtinnen im Fall ihrer Verheiratung: bei einer Dienstzeit bis zu 7 Jahren drei Monate, von 7-15 Jahren sechs Monate. Bei einer Dienstzeit von 15 Jahren und darüber ist die Stellung un kündbar.

**Stuttgart, 10. Febr.** (Protest gegen das Pariser Abkommen.) Die Deutsche Volkspartei Württembergs hat zu dem Pariser Abkommen eine Entschlossenung an die Reichsregierung abgeben lassen, in der es heißt: Die Deutsche Volkspartei Württemberg weiß sich mit der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volks darin einig, daß die Pariser Beschlüsse Unerschütterliches und Unmögliches fordern, daß die Annahme dieser Forderungen den Untergang Deutschlands und die Verflüchtung seiner Bewohner mit Notwendigkeit herbeiführen müßte, ohne dadurch die Erfüllung der Forderungen zu ermöglichen. Die Deutsche Volkspartei erhebt entschiedensten Einspruch gegen die Annahme der Beschlüsse, sie fordert auch die Revision des gleichfalls Unerschütterlichen verlangten Vertrags auf friedlichem Weg und sie verlangt demgemäß von der Reichsregierung, daß sie keine Mittel unversucht läßt, und daß sie die Unterschrift verweigert, falls die Verhandlungen zu keinem für uns annehmbaren Ziel führen.

**Waiblingen, 10. Febr.** (Auflösung des Kommunalverbands.) Der Kommunalverband des hiesigen Oberamtsbezirks wird mit dem 1. April aufgelöst.

**Craibheim, 10. Febr.** (Freiwillig gestellt.) Der bisher vermehrte Hauptlehrer von Craibheim, der unter dem Verdacht von Sittlichkeitsvergehen verhaftet werden sollte, hat sich bei der Staatsanwaltschaft Craibheim freiwillig gestellt.

**Vom Schwarzwald, 10. Febr.** (Schneefall.) In der Nacht zum Donnerstag ist weithin im Schwarzwald Schnee gefallen. In den Kurorten sind zahlreiche Wintergäste eingetroffen. Dem Schneefall wird auf den hohen Berglagen, wie niebis, ein frohes Gelingen.

**Ellwangen, 10. Febr.** (Ein ehrenvolles Zeugnis.) Nach einer Verfügung des Grundbesitzministeriums ist der Gemeinde Benzheim, die ihrem Gemeindefiskus in Ostpreußen nachgekommen ist, das Recht eingeräumt worden, Wahlurnen selbst auszufüllen. Ein ehrenvolles Zeugnis für die Gemeinde.

**Stadelfingen, 10. Febr.** (Straßenbahn.) Die Stadtgemeinde hat der Gemeinde Weisingen a. F. zum Ausbau der Straßenbahn Kattental-Weisingen einen Beitrag von 50 000 Mark bewilligt unter der Bedingung, daß die Straßenbahn innerhalb der nächsten 20 Jahre bis Stadelfingen weitergeführt wird. Im anderen Fall ist der Beitrag zurückzuführen.

**Tübingen, 10. Febr.** (Protestversammlung.) Der Allgemeine Studentenausschuß hatte auf gestern Abend eine Protestversammlung gegen das Berliner Ab-

kommen veranstaltet, die von über 2000 Studenten und Bürgern besucht war. Reichstagsabg. v. Kardorff hielt die Rede. Eine Protesterklärung der Studentenschaft wurde einstimmig angenommen. — Der deutsch-Dochschulring fordert seine Mitglieder auf, angesichts der Ernstes der Zeit alle Festlichkeiten für die nächste Zeit zu unterlassen.

**Deuron, 10. Febr.** (Profess.) Frater Odo, Herzog von Württemberg, Sohn des Herzogs Albrecht, legt heute am Feste der hl. Scholastika, seine Profess bei den Benediktinern ab.

**Korb-Steinreich, 10. Febr.** (Amerikaner.) Der 1891 nach Nordamerika ausgewandert von hier gebürtige Wilhelm Borchet in Witterbiel hat seiner Heimatgemeinde für untereinkaufte Kinder und sonstige Bedürftige 7121 M. überwiefen.

**Vöhringen, 10. Febr.** (Ehrenbürger.) In Anerkennung der vielen und hervorragenden Verdienste, die sie sich um die Stadtgemeinde erworben haben, sind Kommerzienrat Bauer und Privatmann Reinhold Schelle hier durch Beschluß des Gemeinderats vom 1. Oktober 1920 zu Ehrenbürgern ernannt worden.

### Vermischtes.

Die Reichseinkommen des Jahres 1920 auf 5074 Millionen Mark gegen 4700 Millionen im Vorjahr. In der Summe sind inbetracht 1430 Millionen Reichseinkommensteuer, 2537 Millionen aus dem Reichsnotopfer, 108 Millionen Umsatzsteuer. Vom 1. April bis Ende Dezember 1920 kam auf direkte und indirekte Steuern ein Mehr von 13873 Millionen gegen die gleiche Zeit in 1919.

110 000 Deutsche sind nach dem „Freien Journal“ bisher aus Ost-Asien ausgewiesen worden oder haben das Land wegen der französischen Verfolgung freiwillig verlassen.

Japanische Spende. Der Besitzer zweier großen Zeitungen in Japan, Motonana, hat für die deutsche Kinderhilfe 300 000 Mark gespendet.

Kraftwagenverbindung zum Koffhäuser. Die Oberpostdirektion Halle wird vom 1. Mai ab eine Kraftwagenverbindung von Frankenhäusen (Schwarz-Rudolstadt) nach dem Koffhäuser einrichten.

Gegen den Frack. Auf das Ansuchen des Bundes der Erneuerung wirtschaftlicher Eliten haben mehrere preussische Minister sowie der Reichsminister des Innern ihre Amtskollegen angewiesen, bei Prüfungen und Vorstellungen der Beamten auf den Frackzwang zu verzichten und nur auf einfache, angemessene Kleidung zu halten, die den heutigen Verhältnissen entspricht.

Erinnerungsmonet. Die Stadt Bensheim an der Bergstraße hat zur Erinnerung an ihr 600-jähriges Stadtjubiläum ein künstlerisch gehaltenes Notgeld (50-Pfennig-Scheine) herausgegeben, das durch die Stadthofe auch an Sammler zum Kennenlernen abgegeben wird.

Die größte Talsperre Europas. Nach den Plänen der Reichs-Verke für den Bau der Saale-Talsperre, die mit einem Notenaufwand von etwa 850 Millionen Mark die größte Talsperre Europas werden wird, soll die Sperrmauer für die Talsperre unterhalb der Reichsbahnbrücke bei Saalburg errichtet werden.

Nele Nachrede. Vor dem Schöffengericht Jena wurde gestern gegen den Verlagsbuchhändler Eugen Diederichs verhandelt, gegen den etwa 200 Klagen, die 1914 in Belgien waren, Vorurteile erhoben hatten wegen Verbreitung einer Behauptung in der Zeitschrift „Die Tat“, derzufolge nach Beobachtungen eines europäischen Diplomaten jeder deutsche Offizier sofort ohne Ausnahme beim Einmarsch in Belgien gestohlen haben soll. Das Urteil lautete wegen übler Nachrede auf 800 Mk. Geldstrafe.

Temporärer. In einem Münchner Hotel wurde am Montagabend eine Teegesellschaft der besten Gesellschaft veranstaltet, bei der trotz des allgemeinen Tanzverbots der bayerischen Regierung schließliche auch getanzt wurde. Die Polizei schritt ein und brachte die ganze Gesellschaft, 40 Personen, auf die Polizeidirektion, von wo sie nach der Berechnung wieder entlassen wurde.

In der Fastnachtzeit kam es in Paderborn zu Zusammenstößen zwischen belgischen Patrouillen und Soldaten. Bei einem dieser Fälle gerieten belgische Soldaten mit deutschen Bürgern in einer Wirtshaus in Streit. Die Soldaten holten Verstärkungen und auch einige Patrouillen riefen an, die auf die geschlossene Wirtschaft Salzen abgaben, wodurch an dem Haus und in demselben Vermögenen angerichtet wurden. Zwei Personen wurden schwer verletzt.

Notenräuber. Die Berliner Polizei hat wieder eine Anzahl Banknoten und Rollen festgenommen, die gefälschte polnische 1000-Markscheine in Umlauf gesetzt haben. Bei kleinen Banken von ganzen Pakete dieser Fälschungen eingewechselt. Derartige Scheine gelangten in großer Menge auch zur Ausgabe in Kattowitz, Thron, Plessig und anderen Städten. In Frankfurt und Wiesbaden wurden, wie gemeldet, die Fälscherwerkstätten entdeckt.

Verachtung. In Berlin wurde der Kraftwagenführer Arnold und der Arbeiter Köhler verhaftet. Sie sind gefänglich, den indischen Studenten Singh ermordet zu haben. Der Mord geschah im Eisenbahnwaggon mit der Frau des Singh, die mit Arnold Beziehungen unterhält.

### Die Notensamsterei.

In letzter Zeit mehren sich die Meldungen von Raub- und Diebstählen in ländlichen Gegenden. Landorte, in denen bis jetzt derartige Verbrechen noch nie vorgekommen sind, werden von zugerufenem Gesindel, das unter Umständen auch vor Mord nicht zurückschreckt, heimgesucht. Die Verbrechen suchen besonders die Häuser der begüterten Landwirte zu einer Zeit auf, in der die männlichen Bewohner durch Feldarbeiten oder Kirchenbesuch abwesend sind. Auch wenn ihnen kein Geld bei dem Raubzug in die Hände fällt, richten die Diebe stets bei der Durchsuchung der Häuser in Wohnräumen usw. schweren Schaden an. Es liegt darum im eigenen Interesse unserer Landwirte, den Anreiz, den die Notensamsterei für das Raubgesindel bietet, aufs schnellste zu beseitigen. Man trage das ausgeprägte Geld dorthin, wo es hingehört, und wo es fruchtbringend für den Eigentümer wie für die Volksgemeinschaft arbeiten kann, in die Banken, Sparkassen und Genossenschaften. In jeder Gemeinde sollten verständige Leute aufklärend und vorbildlich wirken. Sie sollten immer wieder darauf hinweisen, wie sehr die Notensamsterei sich durch ihr unangenehmes Verhalten selbst schaden. Da durch die Notensamsterei Millionenwerte dem Geldverkehr entzogen werden, kann die Notensamsterei niemals zum Stillstand kommen. Die angeltende Vermehrung der Zahlungsmittel wirkt

aber verteuert auf die Ware und entwertet dadurch die Zahlungsmittel. Der Schaden trifft also neben der Gesamtheit der Bevölkerung auch den einzelnen, den Notensamsterei nicht ausgenommen.

Und dazu kommt noch ein Drittes: Steuerhinterziehung ist in Zeiten, wo alles im Interesse des Wiederaufbaus des Vaterlands auf eine Gelandung unseres Finanzwesens ankommt, ein Verbrechen, das mit Recht schwere Strafen nach sich zieht. Die gesetzlichen Bestimmungen, die immer noch zu wenig bekannt sind, lauten deshalb dahin, daß jedes Vermögen, das bei der Bezahlung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs oder zum Reichsnotopfer vorläufig verschwiegen wird, zugunsten des Reichs verfällt. Diese Verfallserklärung erstreckt sich insbesondere auch auf Banknoten, die gehamstert sind, und deren Wert in den Steuererklärungen verschwiegen worden ist. P. A.

### Handel und Verkehr.

**Stuttgart, 10. Febr.** (Schlachtwiehmärkte.) Dem Donnerstagmarkt waren zugeführt: 61 Ochsen, 6 Ferkel (Wollschaf), 161 Stiere und Jungriinder, 156 Kühe, 188 Kälber, 129 Schweine. Für 1 Ztr. Lebendgewicht wurden bezahlt bei Ochsen erste Qualität 720-780, zweite 600-700, Bullen erste 650-700, zweite 550-620, Jungriinder erste 740-780, zweite 600-700, Kühe erste 530-640, zweite 400-500, dritte 250-370, Kälber erste 850 bis 900, zweite 750-820, dritte 680-720, Schweine erste 1050 bis 1100, zweite 950-1000, Hammelfleisch 1000-1150 Mk. Der Markt verlief bei Schweinen lebhaft, sonst sehr flau.

### Letzte Nachrichten.

**W.B. Berlin, 11. Febr.** In einer Mitteilung der „Daily News“, daß die den Alliierten seit dem Waffenstillstand bis Ende September 1920 erwachsenen Befehlsgeldern 35,9 Milliarden Papiermark betragen, bemerkt die „Berliner Morgenpost“, die ungeheuerliche Höhe dieser Kosten rühre in erster Linie daher, daß die Zahl der Besatzungstruppen über das Erfordernis einer friedlichen Besetzung weit hinausgehe. Sie sei doppelt so hoch als bei den Versailler Verhandlungen und deutschen Vertretern in Aussicht gestellt worden sei. Dazu komme die Höhe der den Besatzungstruppen zustehenden Gehälter, so erhalte ein unverteilter französischer Unterleutnant mehr als ein deutscher Ministerialrat oder Oberst.

**W.B. London, 11. Febr.** Im Anzeigenspiegel erklärte Lord Pa-moor mit Bezug auf die Pariser Bedingungen über die Reparationsfrage, es sei nicht recht verständlich, wie in einem Land die industrielle Energie wiederbelebt werden solle, das länger als eine Generation den Tribut bezahlen solle. Die Auferlegung eines Zwangsausfuhrzolls sei kaum vereinbar mit einer unabhängigen Finanzpolitik. Die einzige Art der Bezahlung sei die durch Ausfuhr festiger Waren. Diese würde jedoch die Beschäftigung der Arbeiter in England ernstlich gefährden. Weder Gold noch Rohstoffe seien zur Bezahlung vorhanden. Jeder Eingriff in den deutschen Handel würde nur die Zahlungsfähigkeit Deutschlands vermindern. Eine endgültige Regelung sei dringend notwendig. Zunächst sei es nötig, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands auf einer Konferenz festzustellen, auf der Deutschland vertreten sei.

**W.B. Bern, 11. Febr.** Die schweizerischen Blätter, besonders die „Basler Nachrichten“, der „Berner Bund“, die „Gazette de Lausanne“ und die „Berne Zeitung“ besprechen weiter die Ablehnung des Durchmarsches der Verbundstruppen für das Gebiet von Wilna durch den Bundestag, sowie das Echo der Ablehnung aus Paris, wobei sie sich sämtlich hinter den Bundesrat stellen und betonen, der Oberste Rat möge in der Ablehnung erkennen, wie genau die Schweiz auch unter dem Regime des Völkerbunds ihre Neutralität zu wahren gewillt sei.

**W.B. Paris, 11. Febr.** Havas verbreitet ein aus Beirut eingetroffenes amtliches Telegramm, wonach Untab vorerzeten Vormittag kapituliert hat. Die Stadt, die eine Bevölkerung von etwa 70 000 Einwohnern hat, wurde seit Mai von den Franzosen belagert. Die türkischen Nationalisten, die sich darin verschanzt hatten, hatten ein stark besetztes Wiberhandsgemine daraus gemacht, von dem aus sie sich hartnäckig verteidigten.

**W.B. Berlin, 11. Febr.** Nach einer Meldung aus Elbe-feld sind im Elberfelder Eisenbahnstreckenzweig im November und Dezember 1920 8900 Fälle von Veruntreuung von Eisenbahngütern festgestellt worden. Es wurden 319 Diebe ermittelt, von denen 107 Eisenbahnangestellte waren. Für die durch die Veruntreuung entstandenen Verluste mußten in der Zeit vom 1. April bis 1. November über 36 Millionen gezahlt werden.

**W.B. Paris, 10. Febr.** Wie der Temps meldet, wird die Sitzung des Völkerbunds, die am 21. Februar in Genf eröffnet werden sollte, zu derselben Zeit in Paris stattfinden.

**W.B. Bukarest, 11. Febr.** (Ag. Tamian.) Der neue bewische Geschichtsträger Dr. Freytag ist hier eingetroffen.

**W.B. Prag, 11. Febr.** Nach Berichten der soz. Blätter hat die aus Anlaß der bevorstehenden Volkszählung eingeleitete Aktion für einen Massenaustritt der tschechischen Bevölkerung aus der katholischen Kirche großen Umfang angenommen. Im Bereich von Groß Prag allein sollen während der letzten vierzehn Tage rund 100 000 Personen aus der kath. Kirche ausgetreten sein.

Druck und der Verlag W. Kieffer'schen Buchdruckerei Altona. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Schulz.

### Sommersprossen — weg!

Leiden Sie? Dann teilen Sie uns mit, auf welche einfache Weise ich meine Sommersprossen gänzlich beseitigte. Frau Elisabeth Ehrlich, Frankfurt a.M. 275 Schillerstr. 47.



